

Korrespondent.

Abzugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abzug von anderen Ausgaben; bei Bestellung ins Haus durch andere Ausländer zu
zusatz 10 Pf. auf den Versand außerhalb Deutschlands; durch die Post 1,20 Mk. an der
Postgebühr. Das Blatt erscheint wöchentlich 6 bis zum 1. des Monats nachmittags.
Abdruck anderer Originalarbeiten ist nur mit schriftlicher Genehmigung zulässig.
Für Abdruck in anderen Zeitungen überträgt der Verlag Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig. illust. Unterhaltungsblatt
n. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen

Anzeigenpreis für die erste Spalte über deren Raum für Übersetzung und
Lithographie 10 Pf. für die zweite 8 Pf. für die dritte 6 Pf. für die vierte 5 Pf.
20 Pf. für die fünfte 40 Pf. für die sechste 30 Pf. für die siebte 20 Pf. für die achte
Beitrag für Übersetzungen nach Uebereinstimmung. Für Nachdruckung aus Offiziellen
bestehender Verordnungen, nach Anweisung des Reichsanwalts, Verordnungen des
Reichsanwalts für die preuss. Reichsgerichts-Verfahrenen und aus dem Tage-Verfahren
Anzeigen bei den Landes- u. Kreis-Verwaltungsämtern für 10 Pf. wöchentlich. Das

Nr. 173.

Freitag den 26. Juli 1912.

39. Jahrg

Die Orthodoxen und der Oberkirchenrat.

Von einer kirchlich überflüssigen Persönlichkeit aus
dem Dien wird uns folgendes geschrieben:

Die Positivisten geben wirklich auf ganze D. h. darauf,
die vollinhaltliche, nützliche Geltung und Herrschaft des
Apostoliums und der strammsten Orthodoxie durchzu-
setzen. Der Landeskirchliche Ausschuss verlangt dies in
seiner eben veröffentlichten Erklärung. Diese fordert
an erster Stelle, daß an dem apostolischen Glaubens-
bekenntnis als der klaren in seiner Ausdrucksweise der
Heiligen Schrift entnommenen Zusammenfassung unseres
seligmachenden Glaubens festgehalten wird;

ferner, daß die vom Generalsuperintendenten Rahusen
für zulässig gehaltene Ordinationsweise, welche den
Ordinanten eine gewisse Freiheit bezüglich der An-
erkennung einzelner Sätze des Apostoliums läßt, für
unzulässig und den Bestand der Landeskirche gefährdend
erklärt werde und

drittens, daß der Oberkirchenrat das Ordination-
gelübde gegen jede Zweideutigkeit und Umdeutungs-
möglichkeit sicher stellen.

Die Positivisten halten den Oberkirchenrat schon lange
nicht für recht tatfakt in Bekennnisfragen. Sie mögen
auch gedacht haben, daß der Generalsuperintendent, zumal
er selbst dieser Behörde angehört, ihrer Zustimmung
sicher zu sein glaubt habe. Um so notwendiger halten
sie es, völlige Klarheit zu schaffen. Der Oberkirchenrat
soll ihren Forderungen ausdrücklich zustimmen durch
den Erlass von Anordnungen, welche die strikte wörtliche
Anerkennung des Apostoliums und jedes einzelnen
Satzes bei der Ordination sicher stellen.

Dadurch wäre jeder Zweifel beseitigt; der Ordinierte,
der so verpflichtet ist, ist durch sein Gelübde an jeden
einzelnen Satz des Apostoliums gebunden, verstößt er
 dagegen, so verstößt er seine Pflicht und kann diszipliniert
oder vor das Spruchkollegium gestellt werden. Wie
wird sich der Oberkirchenrat gegenüber dieser Forderung
verhalten? Ihre Wirkung würde sich nicht nur bei neuen
Ordinationen und allgemein ferner. Darum — nach der
Ansicht der Positivisten wenigstens — soll nicht ein neues
Recht geschaffen, sondern nur eines bestehenden Recht
Anwendung gescheit werden. Ihre Auffassung der
Gültigkeit des Apostoliums müßte also für alle Beist-
lichen gelten. Das heißt also unbedingte Herrschaft des
Apostoliums im ganzen und jedes einzelnen Satzes im
wörtlichen Sinne. Die jegige Praxis geht nicht soweit,
manche Entscheidungen der Kirchenbehörden beweisen
dies. Der Oberkirchenrat hat für die Konfirmation, so
auch ausdrücklich die Geistlichen zu Erklärungen er-
mächtigt, welche den Konfirmanden über das Bedenken
der wörtlichen Bindung an das Apostolium weghelfen
sollen. Solche Erklärungen kann doch kein Geistlicher
mehr abgeben, welcher selbst wörtlich an dieses ge-
bunden ist.

Wird sich der Oberkirchenrat diesen Forderungen der
Positivisten fügen? Wie wird sich der Generalsuperin-
tendent Rahusen verhalten, wenn dieses geschieht? Das ist zunächst
Sache dieser. Sollte Herr Rahusen resignieren, dann
würden die Positivisten alles tun, daß an seine Stelle ein
„zuverlässiger“, in positivem Sinne bekanntstreuere
Mann kommt. Die Situation ist völlig klar. Die
Positivisten wollen jede Vermittlung zwischen den ver-
schiedenen Richtungen in der Kirche verhindern, allein die
positive soll gebildet, jede andere als kirchenfeindliche
Parteilung beseitigt werden. Die Positivisten wollen die
Aleinhererschaft in der Kirche. Zunächst sind allerdings
die Geistlichen interessiert. Es ist allgemein bekannt, daß
manche es mit der Anerkennung der einzelnen Sätze des
Apostoliums nicht streng nehmen, daß diese auch von
positiv Gesinnten bezweifelt oder umgedeutet werden.
Soll-n diese ihre Ansichten umändern oder verlegen?
Das Ansehen nicht bloß dieser, sondern aller Geistlichen
wird darunter schwer leiden, wenn nicht mehr auf ihre
Wachsamkeit gerechnet werden kann. Und den Ge-
meinden kann dies wohl nicht gleichgültig sein. Aber
es handelt sich auch nicht ausschließlich um das Apo-
stolium, sondern darum, ob in der Kirche die Positivisten
allein herrschen sollen, ob damit aller religiöse und theo-
logische Fortschritt der Jahrhunderte wieder in Frage
gestellt werden soll.

Wären sich endlich die Laien der Preussischen Landes-
kirche darauf besinnen, daß diese nicht zu einem Versuch
objekt rücksichtiger Verbrechen gemacht werden darf,
sondern der Allgemeinheit, die eine freie, lebendige Ent-
wicklung verlangt, dienen soll.

Die Sozialisierung des Unternehmertums.

In der neuesten Nummer der „Hilfe“ untersucht
D. Friedrich Naumann auf Grund eines Buchs von
Dr. Fritz Kellner die Wirtschaftssachen, die zu einer
Sozialisierung des Unternehmertums
führen. So widerfährt es auch auf den ersten Blick
erscheint, so ist es doch richtig, daß sich heute auch die
jenige Schicht sozialisiert, die bis her als die Trägerin
des rücksichtslossten Individualismus angesehen werden
müßte. Die Gründe liegen in der ständig wachsenden
Kartellierung der Industrie. Da es der Zweck des
Kartells ist, eine Überfüllung des Marktes im Interesse
des Preises durch Regelung der Produktionsanteile zu
verhüten, so ist der Unternehmerenergie der einfachste
Weg zur weiteren Verdrängung versperrt. Es sammeln
sich also persönliche und finanzielle Kräfte, die irgendwie
beschäftigt sein wollen. Es ist viel schwerer, ein
industrielles Kartell in Ordnung zu halten, als eine Ar-
beitergemeinschaft, da hier alle Mitleidenschaft immer nur
auf begrenzte Zeit berechnet ist. Der Kartellgedanke als
solcher hat gesagt, aber dieser Sieg bedeutet vielfach zu-
nächst nur die Verlegung der Konkurrenz ins Innere der
Verbände. Der Kampf ums Dasein geht weiter; doch
ist als Endergebnis fast überall eine steigende Bindung
oder Sozialisierung der Unternehmertätigkeiten anzu-
sehen. Die Zahl der wirklich leitenden Köpfe nimmt
sichtbar ab. Der Privatunternehmer bindet sich
selbst. Naumann wirft die Frage auf, ob der Staat
diesen Vorgang ruhig gehen lassen oder etwas dagegen
tun soll. Auf Grund der Kellnerschen Schrift scheint es
Naumann, daß schon durch das heutige Gewerbe- und
Aktienrecht die Staatsregierung eine viel stärkere Kartell-
aufsicht über könnte, als sie in Wirklichkeit tut. Es ist
sicher, daß ein starker selbstherrlicher Staat sich den
neuen Mächten gegenüber als Herr zeigen müßte, aber
— wo ist der Staat? Das, was wir Staat nennen, ist
ein sehr verwickeltes Netz von beschließenden Kollegien,
von denen keines für eine so weittragende und gefährliche
Sache die Verantwortung übernehmen mag. Ein all-
mächtiger Reichskanzler wie Bismarck könnte vielleicht
noch mit den Kartellgegnern fertig werden, aber weder
Herr v. Bethmann noch irgend sonst ein Kanzler auf
Kündigung vermag es. Das Höchste, was er tun kann,
ist ein Scheinverfahren, über dessen Ausführung er sich
vorher mit den Kartellberätern verständigt. Aber selbst
das kommt vielleicht nicht zustande. Die neue Macht
wächst in die Höhe. Aus dem Individualismus vieler
Einzelunternehmer wird ein Gemeinlichkeitsregiment der
verbündeten Kartellschiffe. Die Regelung der Pro-
duktion tritt ein, nur andern als sie einst von Marx
verfündigt wurde, weil diejenigen, die die Regelung vor-
nehmen, die Kapitalisten selber sind. Es sind die Um-
stürzer der alten kleinbürgerlichen Gesellschaft.

Der Kommissionsbericht über den Geset-
zentwurf, betreffend die Anlegung von Spar-
tassenbeständen in Zahaberpapieren

ist schon erschienen. Die Kommission des Abgeordnetens-
hauses hat in zweiter Sitzung eine Reihe wichtiger Ver-
änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen.
§ 1 heißt in der von ihr beschlossenen Fassung: Die
öffentlichen Sparkassen haben von ihrem verzinslich an-
gelegten Vermögen Winderlösbeträge in mindlicheren
Schuldschreibungen auf den Inhaber anzulegen, und
zwar 1. 10 vom Hundert, wenn ihre Einlagebestände
2 Millionen Mark übersteigt und sich ihre
Grundsatzbestimmungen und die Gewährung von Darlehen
als Personalkredit nach der Satzung künftig auf den Stati-

oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk gelegen ist, be-
schränkt. — 2. 15 vom Hundert, wenn der Einlage-
bestand 10 Millionen Mark nicht übersteigt und sich
ihre Ausleihungen (Nr. 1) nach der Satzung künftig auf
den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk be-
legen ist, und die angrenzenden Kreise beschränkt, —
3. 20 vom Hundert, wenn unter sonst gleicher Voraus-
setzung wie bei Nr. 2 der Einlagebestand 20 Millionen
Mark nicht übersteigt. — 4. 25 vom Hundert in allen an-
deren Fällen.

§ 7 soll folgenden Wortlaut erhalten: Sparkassen,
welche von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Win-
delbeträge unter 25, aber nicht unter 15 Proz. in mind-
licheren Schuldschreibungen auf den Inhaber anzu-
legen haben, können, ohne daß es dazu einer Genehmigung
der Aufsichtsbehörde bedarf, von ihren bei der Rechnungs-
legung sich ergebenden Jahresüberschüssen zu öffent-
lichen dem gemeinen Nutzen dienenden Zwecken des Garantieverbandes ver-
wenden: a) ein Drittel, wenn der Sicherheitsfonds der
Sparkasse 2 Proz. oder mehr, aber noch nicht 5 Proz. der
Spareinlagen beträgt, b) die gesamten Jahresüberschüsse,
wenn der Sicherheitsfonds 5 Proz. oder mehr der Spar-
einlagen beträgt.

Sparkassen, welche mindestens 25 Proz. ihres ver-
zinslich angelegten Vermögens in mindlicheren Schul-
dschreibungen auf den Inhaber anzulegen haben, können,
ohne daß es dazu einer Genehmigung der Aufsichts-
behörde bedarf, von ihren bei der Rechnungslegung sich
ergebenden Jahresüberschüssen zu öffentlichen dem ge-
meinen Nutzen dienenden Zwecken des Garantieverbandes ver-
wenden: a) die Hälfte, wenn der Sicherheitsfonds der
Sparkasse 2 Proz. oder mehr, aber noch nicht 5 Proz. der
Spareinlagen beträgt, b) die gesamten Jahresüberschüsse,
wenn der Sicherheitsfonds der Sparkasse 5 Proz. oder
mehr der Spareinlagen beträgt.

Soweit Sparkassensatzungen für die Garantieverbindungen
günstigere Bestimmungen über die Verwendbarkeit der Spar-
tassenüberschüsse enthalten, werden sie durch vorstehende
Bestimmungen nicht berührt.

Das Gesetz soll am 1. Januar 1913 in Kraft treten.
Die Kommission beantragt ferner: die Staatsregie-
rung zu ersuchen, eine Übersicht darüber vorzulegen, in
welchem Umfang die öffentlichen Sparkassen durch Ver-
änderung ihrer über vorübergehende Belegung der Sparkassen
bei anderen Sparkassen oder sonstigen Kreditinstituten zur
Zeit für ihre Liquidität gelorht haben.

Die Flottenpanik in England.

Was Lord Churchill im Unterhause am Montag
begonnen hatte, das setzte am Dienstag im Oberhause
Selborne fort. Aber wenn der erste Lord der Admirali-
tät eine Flotte benutzte, um sein Vieh vorzutragen, so
behielt sich das Oberhausmitglied einer Besinnung. In
Form und Inhalt seiner Rede schloß er den Vortrag.
Churchill verlangte nur eine Erhöhung der vollbemannten
Schiffe um fünf, von 28 auf 33, Selborne dagegen außer
dieser Vermehrung noch den Bau eines ganzen. Wie
schon anders in Gröbe von nicht zu bezweifeln, wie
nicht anders zu erwarten, müßte zur Vergrößerung der
Flotte wieder einmal Deutschland herhalten, das
durch seine provokatorischen Aktionen England in eine
Zwangslage bringt. Zum Beweise ihrer Behauptungen
oberleiteten übrigens beide mit den Angaben, deren Über-
treibungen handgreiflich sind. Lord Churchill hätte für
Deutschland mit einem Status im Jahre 1915 gerechnet,
verteidigte sich sogar so weit, zu erklären, Deutschland sei
völlig überfordert. Die Formalität der Kriegserklä-
rung werde zu einer reinen Höflichkeitssache.
Freilich gab der nächste Redner im Oberhaus, Earl of
Crewe, viel Wasser in den Wein und auch der frühere
Kriegsminister, Lord Salisbury, schlug eine gemäßig-
tere Tonart an.

Ammerich wird in Deutschland der süße Einbruch, den
die Rede Churchills hervorgerufen hatte, durch die Ober-
hausführung noch verstärkt. Die friedlichen Worte, die
nach der Begegnung von Veltjoppo aus England zu uns
herüberdrönten, werden durch die aggressive Polemik, deren
Sitten nicht nur gegen Deutschland, sondern sogar auch
gegen die übrigen Bundesgenossen im Dreieck gerichtet waren,
völlig paralysiert.

Bei der Besprechung, die im Oberhause stattfand,
lenkte Lord Selborne die Aufmerksamkeit des Hauses auf
die Regierungserklärungen über die Mittelmeer-
politik. Er sagte, der Schlüssel der ganzen Situation
sei die Tatsache, daß Deutschland sich bereit zeigt, in
der nächsten Zukunft einen Krieg zu führen, die für einen so-
fortigen Krieg bereit sei, in einer Weise, wie es
keine andere Flotte bisher gewesen sei. Sie mache die
Formalität einer Kriegserklärung zu einer
reinen Höflichkeit, weil mit einer Flotte von einer
solchen Verächtlichkeit gleichzeitig mit der Kriegserklärung
ein Schlag ausgeführt werden könnte, der die Situation
in nächster Zukunft eine Flotte von Schlachtschiffen im
Mittelmeer gehen, die den Verbündeten Deutschlands ge-
höre. Er hebe die Darlegung der Absichten der Admirali-
tät im Mittelmeer willkommen, aber er betrachte die
Vorträge als Notbehelf und erklärte, daß die

Vorlesungen schlagend beweisen, daß England, abgesehen von dem Churchill'schen Programm ein vollständig neues Geschwader von acht Schlachtschiffen braucht.

Carl von Creve führte aus, wenn auch jeder zugebe, daß die Lage ernst sei, sei es doch möglich, ihr so früh wie möglich ein Ende zu setzen und sich vor den bevorstehenden Ausdauernden radikaler Parteien zu hüten. In der Forderung Selbstbeschränkung, acht neue Dreadnoughts zu bauen, erklärte Creve: Wir sind berechtigt zu fragen: Wo macht diese Forderung absoluten Übergewicht? Es ist sehr gut denkbar, daß eine Zeit kommt, wo die Mittelmeerflotte im Mittelmeerraum über uns zu liegen beginnt, und dann die Möglichkeit, gegen die Vorkämpfer derselben zu kämpfen. Es gibt nicht zwei andere Länder in Europa, zu denen wir verlässliche Beziehungen der Sympathie gepflegt haben und noch pflegen als die, und doch muß man, um diesen besonderen Fall zu konstatieren, annehmen, daß Italien und Österreich gegen uns verbündet sind und daß zu derselben Zeit die Türkei ein solches Bündnis mit Deutschland befreit, während die übrigen liebenswerten Mittelmeergrößen, nämlich Frankreich, entweder ganz und gar unbeeinträchtigt oder möglicherweise feindselig gegen uns ist. Wenn man die Zahlen in dieser Weise betrachtet, kann man fast alles beweisen.

Vorgeschlagener Saldo erklärte: Zwei große Mittelmeerflotten, die zum Dreieck gehören, seien dabei, ihre Flotten zu vereinigen, und hätten Dreadnoughtsprogramme, die der Vollendung entgegenstehen. Er sei weit davon entfernt, zu behaupten, daß die bloße Tatsache, daß diese beiden Mächte zum Dreieck gehören, bedeute, daß England darauf rechnen müsse, daß sie sich an jedem denkbaren Angriff auf England beteiligen würden. Im Gegenteil, mit der einen dieser beiden Mächte haben wir fast dem Besten nach die besten Beziehungen, mit der anderen unterhalten wir sehr freundliche Beziehungen. Ich habe außerdem in keiner Weise Kenntnis davon, daß der Dreieck auf seiner aggressiven Basis gegründet ist, und ich nehme das ohne Gegenbeweis auch nicht an. Was die andere Macht angeht, deren Flotte so groß wie die Flotten dieser beiden Mächte zusammen ist und wahrscheinlich mit diesen beiden Mächten die besten freundschaftlichen Beziehungen zu ihr, obwohl wir mit ihr keine Allianz eingegangen sind. Soweit die Herrschaft zur See unter normalen Umständen in Betracht kommt, haben wir eine sehr starke Flotte an unserer Küste. Ich glaube, daß England einer der entschiedensten Situationen hinsichtlich seiner Marine gegenübersteht, einer Situation, wie sie erstens noch seit langer Zeit nicht vorgekommen ist. Die Regierung ist darin einer Meinung, daß die Stellung Englands von seiner Macht zur See abhängt.

Wir haben in der freundschaftlichsten Form zu der einzigen Macht, die unter Mächten ist, gesprochen und unsere Ansicht dargelegt, daß welche Anstrengungen sie auch immer machen, sie nicht zu vermeiden, daß wir Anstrengungen machen werden, die größer sein werden, als irgend eine Anstrengung, die sie macht. Wir haben auch gesagt, daß wir dies nicht tun mit der Absicht eines Angriffes, sondern weil in der Macht zur See unser Leben ist. (Beifall.) Und in der Macht zur See beabsichtigen wir, die Überlegenheit zu bleiben. Das ist die Absichtung der Regierung und das ist der Grund, für den wir uns verbündet haben. (Beifall.) Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Das neue türkische Kabinett.

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts, die noch im letzten Augenblick Veränderungen erfahren hat, nach Kiamil Pascha das Ministerium des Äußeren nicht angenommen hat, ist folgende:

Großwesir: bisheriger Präsident des Senats Ghasi Ahmed Mülhâr Pascha; Scheik ül Islam: Dschemal-ed-din-Effendi; Präsident des Staatsrats: Kiamil Pascha; Justiz: Hussein Hilmi Pascha; Inneres: ehemaliger Großwesir Ferid Pascha; Krieg: Mitglied des höheren Kriegsrats Na'im Pascha; Finanzen: früherer Minister Zig Pascha; Marine: früherer Minister General Mahumud Mülhâr Pascha; Äußeres: Senator Noradunbhan; Unterrichts: bisheriger Unterstaatssekretär Saib-Bei; Hof: Vizepräsident der Kammer Mehmed Fedzi Pascha.

Am Dienstag ist auch die Ernennung des Staatsrats Damad Scherif zum Arbeitsminister und des früheren Vizepräsidenten Reischid Pascha zum Handels- und Landwirtschaftsminister amtlich veröffentlicht worden. Das Ministerium der Posten und Telegraphen wurde dem in Ägypten das gleiche Amt bekleidenden Minister Saba Pascha angeboten, der aber noch nicht geantwortet hat. Die Berichte von einer Demission des ersten Sekretärs und des ersten Kammerherrn des Sultans werden als falsch bezichtigt.

Der Großwesir übernimmt interimistisch das Ministerium des Inneren bis zur Rückkehr Ferid-Paschas von seiner Schweizer Reise. Die Dekrete über die Ernennung dieser Minister sind am Dienstag veröffentlicht worden. Die Ministerien für öffentliche Arbeiten, für Handel und Ackerbau, sowie für Post und Telegraphen bleiben noch unbesetzt.

Am Dienstag fand in der Hofkapelle eine große Versammlung die feierliche Verlesung des Handbuchs und des Instruktion des Großwesirs und des Scheik ül Islam statt. Das Schreiben enthält einen Satz, der besagt, der Sultan erwarte, daß das Kabinett die Ursachen unteruchen werde, die die Unzufriedenheit in gewissen Gegenden, namentlich in Albanien,

herbeigeführt hätten, und gesetzgeberische Maßregeln treffen werde, welche die dem Recht und dem Gesetz widerstrebende Lage ändern und die Ordnung wiederherstellen würden. Da das Ziel und die Entwicklung des Reiches von der gewissenhaften Achtung der Verfassung abhängen, hoffe der Sultan, daß das neue Kabinett seine Kräfte auf diesen Ziele weihen werde.

Wie verlautet, beriet der Ministerrat über die Auflösung der Kammer.

Die Stimmung im Volke. Eine ungeheure Menschenmenge wartete vor der Hofkapelle in den Straßen, welche der Zug des Großwesirs passieren mußte. Die Menge begrüßte den Großwesir und besonders auch Kiamil Pascha, Kiamil Pascha und Hussein Hilmi Pascha mit Beifallrufen. Das Publikum, namentlich Offiziere, sagten, das neue Kabinett werde das Vaterland retten.

Der Präsident der Deputiertenkammer erklärte in der Sitzung am Dienstag, die Kammer müßte eigentlich noch Said Pascha Erklärungen über die Gründe des Rücktritts des Kabinetts verlangen, aber da das neue Kabinett schon gebildet sei, werde eine Debatte überflüssig. Mehrere Deputierte verlangten, daß Said Pascha dennoch zur Sache, worauf die Kammer beschloß, die Minister des zurückgetretenen Kabinetts zu hören.

Zur Feier des Nationalfestes ist Konstantinopel dekoriert. Eine große gekrönte Menge bewegt sich durch die Straßen und trägt nach dem Freiheitskämpf, wo eine Parade stattfindet. Die Presse begrüßt die Wiederkehr des Nationalfestes und die Ernennung des neuen Kabinetts mit warmen Worten.

Die Nationaltag ist ohne Störung verlaufen. Die Regierung trifft die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßnahmen. Alle Offiziere der Polizeikräfte sind durch die Ernennung der Ordnungsoffiziere mit der Überwachung der Ordnung betraut worden. Ein Oberleutnant ist zum Generaldirektor der Polizei und zum Generalmajor-Kommandanten ernannt worden. Der Platzkommandant von Konstantinopel ist durch einen anderen ersetzt worden. Ein Kandidat des Großwesirs teilt den Provinzbehörden die Ernennung des Kabinetts mit und bezieht sich auf die Wichtigkeit der Einigkeit der Mächte zu befestigen, der Bevölkerung den Genuß von Gleichheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten und die Privilegien der Ausländer gemäß den Kapitulationen zu sichern.

Einstellung der Operation in Albanien. Die erste Tat des neuen Kabinetts besteht die Verhängung der Albaner. Der Ministerrat, der bis Mittwoch 1 Uhr früh saß, hat beschlossen, die militärischen Operationen in Albanien sofort einzustellen und eine Kommission unter Führung des Albanen Reischid Mülhâr nach Albanien zu entsenden. Außerdem hat er die Aufhebung des Belagerungszustandes über Konstantinopel, der seit drei Jahren besteht, und die Rückkehr der allen militärischen Behörden bereits den Befehl ausgehen lassen, sofort alle kriegerischen Unternehmungen einzustellen.

In Konstantinopel ist am Dienstag eine Offiziersdelegation aus Albanien eingetroffen und soll eine wichtige Beratung mit Kiamil Pascha haben. Sie hat die Aufstellung der Kammer und die Ernennung Kiamil Paschas zum Großwesir vorbereitet. Ein Blatt meldet die Ankunft des Führers der Sabenflüchtigen von Monastir, Tahir Bei, der der Regierung die Forderungen der Sabenflüchtigen unterbreiten soll.

Drei Offiziere und zwölf Soldaten, die nach ihrer Defektion in Monastir gefangen genommen und in Konstantinopel interniert worden waren, sind freigelassen worden.

Ein Manifest der Offiziere.

Die Offiziere der Militärliga haben ein Manifest erlassen, das zunächst die Schäden des alten Regimes hervorhebt, welche die Revolution von 1908 hervorriefen, sodann die konstitutionelle Verfassung verberichtet und die Ursachen der gegenwärtigen Krisis unterrichtet.

1. Das Manifest erklärt, alles ist falsch, wenn man, daß 1. die Offiziere die Stärke der Armee bei den Wahlen mißbrauchten; 2. daß die Offiziere, ohne daß eine force majeure vorgelegen hätte, in Zivilstellungen beschäftigt wurden; 3. daß Offiziere, die der aktiven Armee angehörten, die Armeelisten, um verantwortliche Delegierte einer Partei zu werden; 4. daß Offiziere regelmäßig die Klubs besuchen und, ohne etwas davon zu verstehen, sich in die Politik der Regierung mischten; 5. daß die Moral der Armee verderben, um die Ansichten ihrer Partei zur Geltung zu bringen; 6. daß Offiziere mit erhöhten Gehältern verwendet wurden, was eine Störung des kameradschaftlichen Verhältnisses hervorrief; 7. daß viele Offiziere an Stellen verwendet wurden, die ihnen nicht zutragen, und die Kriegskasse belasteten; 8. daß die Gesetze nach ihrem Belieben ausarbeiteten, die sie dann berat anwandten, die dies nur bei einer absolutistischen Regierung möglich ist; 9. daß infolge der Aufhebung der Beziehungen der Genarmee-Offiziere zur Armee die politischen Verbindungen in der Armee nicht auszuhalten waren; 10. daß an Stelle der Gesetze die persönliche Willkür der einzelnen trat; 11. daß Offiziere, die ihre militärische Verantwortlichkeit billig veräußerten, von den politischen Komitees Aufträge annahmen.

Der Krieg um Tripolis.

Das italienische Amtsblatt veröffentlicht, dem „Zet. Kur.“ zufolge, die Einberufung sämtlicher Reserve-Jahrgänge der Kriegsmarine, womit der „Stato“ zufolge eine Mobilmachung der Flotte zu einem letzten entscheidenden Vorgehen gegen die Türkei sich vollziehen hat.

Der Tripolis-Krieg und das englische Unterhaus. Der Liberale Morrel stellte im Unterhaus die Anfrage, ob gegenwärtig irgendwelche

Verhandlungen über die Beendigung des Tripolis-Krieges gepflogen würden. Der Minister des Äußeren, Grey, erwiderte, daß er von keiner der beiden in Betracht kommenden Regierungen hierüber eine Nachricht erhalten habe.

Politische Übersicht.

Belgien. In einer der letzten Kammerkassungen erklärte ein liberaler Abgeordneter, daß durch Ständebürokratie in der Frage eines Vikars von der Sankt Gudula-Kirche vor den Kammerwahlen ein Günstiges im Betrage von fünf Ständen an liberale und sozialdemokratische Wähler verteilt wurden, die an dem Tage nach dem Siege der Herkulaner Regierung in einem Bureau an der Kirche eingesetzt werden sollten und auch tatsächlich eingesetzt wurden. Bis jetzt hat man 22 bezügliche Besetzungsfälle festgestellt. Die Angelegenheit ist, wie die „Wolff. Zig.“ berichtet, der Staatsanwaltschaft übergeben worden, die eine strenge Untersuchung eingeleitet hat. Der Vikar der Kirche hat bereits ein Geständnis abgelegt. — Der Minister des Äußeren Davignon überreichte am Mittwoch seine Demission. Der Ministerpräsident Broqueville übernimmt vorläufig das Ministerium des Äußeren.

Rußland. Aus Standardreebe wird unterm 24. d. M. gemeldet: Der russische Kaiser besuchte heute früh den schwedischen Kreuzer „Sylvia“, wo er vom 8. d. M. an von Schweden empfangen wurde. Die Kaiserin schritt die Front bei in Warade aufgestellten Mannschaften ab, betätigte die Anwesenheit des Schiffes und mochten einer Artillerieübung bei. Unter Laute vertiegen die Herrscher den Kreuzer und begaben sich in einem Dampfboot unter der Kaiser- und Königsstandarte zum russischen Kreuzer „Wagan“, wo der König, der russische Admiralsuniform trug, vom Marineminister bewillkommnet, dem Rapport des Kommandanten entgegenkam. Die Kaiserin übernahm die Kommandanten des Schiffes ein. Um 12 1/2 Uhr fand auf dem „Kestrel“ ein Frühstück statt, an dem der Kaiser, die Kaiserin, die Großfürstin, die Minister und die beiderseitigen Geselle teilnahmen. Um 7 1/2 Uhr ward auf dem „Standard“ Familienbier. Um 10 Uhr aber verließ das schwedische Geschwader Standardreebe.

Der von dem Reichstag der Landoner medizinischen Gesellschaft von Großprinzen beschlossene Antrag, der Gesellschaft den Abruch aller Verhandlungen mit dem Schatzkanzler Nord-Göller über die Mitwirkung der Gesellschaft bei der Durchführung des Versicherungsgesetzes zu empfehlen, wurde bei der heute tagenden Jahresversammlung der Gesellschaft angenommen. — Der wegen der Schenkung angelegte Deutsche Vizekonsul Karl Grabes am 18. Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Jury erklärte ihn nach einer Beratung von 20 Minuten einstimmig für schuldig, sich den Telegrammcode verschafft zu haben.

Portugal. Wie der „Lisboner „Omnibus“ meldet, ist ein von der Kaiserin in Auftrag gegebener Entwurf der republikanischen Garde in Lissbon entworfen worden; auch auf andere Kompanien erweist sich die Verhaftung. Drei Korporale und ein Soldat wurden verhaftet. Einer der Verhafteten hatte eine Anzahl Patronen zu beschaffen, von denen ein Teil verschwinden ist.

Marokko. Wie die „Wolff. Zig.“ aus Tanger vom 23. d. M. meldet, sind die in Tanger wohnenden Deutschen in Maorador eingetroffen. Wie von der Durchreise begriffenen Deutschen haben Marokko verlassen und sind nach Mogador geschifft, während die angesehnen Deutschen Kaufleute geblieben sind.

China. Juanschikai hat der Nationalversammlung in Peking eine neue Bitte von sechs Ministern zur Verwirklichung des Kabinetts überreicht, man solle glauben, daß die Verwirklichung dieser Bitte angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit über die Ablehnung der früheren Bitte annehmen wird. Diese Unzufriedenheit hat unter anderem darin ihren Ausdruck gefunden, daß der Kommandeur der Division in Santsu der Versammlung mitteilen ließ, er werde seine Truppen nach Peking bringen und die Versammlung vertagen, wenn ihre Resolution gegen die Regierung fortbesteht.

Japan. Wie das „Kaiserliche Bureau“ aus Tokio meldet, bezeichnet das am Dienstag abgegebene Bulletin keine Besserung in dem Befinden des Kaisers.

Mittelamerika. Nach einer an das Infanterie Generalinspektoren in Sanburg gerichteten Depesche aus Panama vom 27. Juli ist der Aufstand in Kuba, da der Regierführer Bonet getötet ist, und die anderen Regierführer sich unterworfen haben, beendet. General Montenegro kehrt mit einem Teil des Heeres nach Panama zurück.

Deutschland.

Berlin, 25. Juli. Der Kaiser sollte in Balastrad Mittwoch vormittag einen längeren Vortrag des Generals von Moltke. Gegen Abend legte General Dethlefs die Berichte über die Zeit nach der Schlacht bei Leipzig fort. Das Wetter ist sehr warm. An Nord ist alles wohl. — Wie eine Nachrichtenstelle zu melden weiß, wird das englische Königspaar im nächsten Frühjahre an deutschen Kaiserhofe seinen offiziellen Antrittsbesuch abhalten. Nähere Vereinbarungen sind noch nicht getroffen. Auch der englische Kronprinz dürfte im nächsten Jahre als Gast des Kaiserpaars in Berlin eintreffen. Er soll übrigens, wie bereits bekannt, eine deutsche Universität zu Studienzwecken aufsuchen.

(Handelsminister Dr. Seydow) hat Berlin mit Urlaub verlassen.

(Der Staatssekretär des Reichscolonialamts Dr. Solf) wurde, wie aus Kapstadt gemeldet wird, von dem Kommandeur der Truppen in der Kapkolonie, General Gidmann, in Vertretung des stellvertretenden Generalgouverneurs Lord Dewillers, und von dem Administrator der Kap-Provinz empfangen. Er begab sich später im Automobil nach Constantia.

Die Vorbildung der leitenden Kommunalbeamten.

Von befreundeter Seite werden wir mit Bezug auf die demnächst zu erfolgende Neuwahl eines besetzten Stadtrates in Merseburg um Aufnahme nachfolgenden Artikels gebeten und bemerken gleichzeitig, daß wir den Ausführungen vollständig zustimmen und sie der Beachtung der Stadtverordneten dringend empfehlen möchten.

gisch verlangt wird, man solle die Vorstellung fahren lassen, daß Juristen die besten Leiter der Stadt- und Bürgermeistereiverwaltung seien. Im preussischen Verwaltungsblatt äußerte sich kürzlich Oberbürgermeister a. D. Bessler sogar dahin, daß eine juristische Vorbildung als notwendiges Erfordernis für eine gedeihliche Leitung einer Stadt überhaupt nicht anzusehen sei.

Prof. Weber will dieses harte, aber gerechte Urteil zwar nicht ganz gelten lassen, befähigt es schließlich aber doch, indem er einem Zitat beitrifft, das darauf hinweist, daß die juristischen bezw. formalen Verwaltungsmaterien allmählich durch die volkswirtschaftlichen gedrängt worden sind.

Deutschland. (Der Fall Gravenstaden.) Wie französische Blätter melden, hat kürzlich in Gravenstaden eine Generalversammlung der Elbsässigen Maschinenbau-Gesellschaft stattgefunden.

dere in Belfort haben sollte. Die Stellung des Direktors Seyler sei auch „in Zukunft bei der Gesellschaft gesichert“. Der „Colmarer Nouvellist“ verzeichnet außerdem ein Gerücht, wonach Baron von Dietrich, auf dessen Angaben sich die elsässische Regierung bei ihren Berichten über die Fabrik hauptsächlich stütze, aus dem Ausschüsse ausgeschieden ist.

(Die Ausdehnung des Hanjabundes.) Seit der letzten Ausgabe des „Hanjabund“ hat die Organisation des Hanja-Bundes weitere Fortschritte zu verzeichnen. In Passau und Epepenitz in Böhmen kamen die Meldungen von neuen Ortsgruppengründungen, während sich gleichzeitig in 13 neuen Orten Vertreter von Gewerbe, Handel und Industrie als Vertrauensmänner in den Dienst des Hanja-Bundes stellten.

(Ein päpstliches Antworteleggramm.) Auf ein an den Papst gerichtetes Begrüßungsteleggramm des Kongresses katholischer Kaufleute in Koblenz traf folgendes Antworteleggramm ein: „Der Heilige Vater hat die wünschenden Bewegungen der Gebenheit, die ihn von den in Koblenz versammelten Vertretern der katholischen Kaufleute Deutschlands hergebracht worden sind, entgegengenommen.“

(Wenn man einmal den händlerischen Plunderieren von liberalem Boykott) auf den Grund geht, dann bleibt nichts übrig. So ist jetzt in Labiau Böhlaus von der Liberalen ausführlich der Nachweis geliefert worden, daß an den händlerischen Beschuldigungen kein wahres Wort war, wohl aber ließen sich zahlreiche Fälle feststellen, in denen die Konserwativen in standbarer Weise Boykott geübt hätten.

Aus erster Ehe.

Roman von S. Gontzsch-Majler.

(A. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) „Und in dem Alter, in dem alle junge Mädchen sich ihrer Lebensfreude freuen, bist du als dunkler Fleckchen bei ihrer fröhlichen Tante und lebst dich nach ein bißchen Liebe und Sonnenlicht. Bei einem solchen Leben muß sie ja indolent und faul werden.“

Brief zu lesen, dann ist sie gerührt und geht durchs Feuer für ihre neue Schwägerin. Ich möchte anfragen weidherzigen Jubel nicht kennen. Sie kann keine Liebe leiden sehen, ohne in Tränen auszubreden, viel weniger einen Menschen.

Fris traf Jutta auf dem Korridor. Sie war eben erst der französischen Section entronnen, die ihr Mademoiselle, ihre alte Lehrerin, erteilt hatte. Ohne Umstände saß er sie am Platz.

Sie raunte in langen Schritten den Korridor entlang bis zu ihrem Zimmer. Der blonde Hängesport tanzte auf ihrem Rücken. Fris sah ihr verärgert nach. Wenige Minuten später gingen sie nebeneinander über den Wirtschaftstisch. Fris gab im Vorübergehen einige Bescheide, und dann wurde er in ein fröhliches Lachen gezogen, weil man seinen Rat für ein fröhliches Tier brauchte.

Anzeigen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Pant.
Für die uns beim Eincheiden unfer lieben Entschlafenen Frau
Pauline Müller
erwiesene Teilnahme sagen wir unsern herzlichsten Dank
Merseburg, 24. Juli 1912.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Fritz Schmidt.

Bekanntmachung.
In Gemäßheit des § 39 der Reichs-Verwaltungs-Ordnung ist der Vorstand des gemeindlichen Versicherungsamts der Stadt Merseburg der Bürgermeister Dr. Haude hier.

Zu dessen Stellvertreter ist vom Gemeindevorstand der Stadt Merseburg Paul Thiele hier bestellt worden.
Die Befähigung des Stellvertreters ist unterm 15. Juli 1912 durch den Herrn Regierungs-Präsidenten erfolgt.

Der Magistrat
Merseburg, den 22. Juli 1912.

Zu dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zimmermeisters Karl Schumann in Neuschloß soll mit Genehmigung des Gläubiger-Ausschusses eine Versteigerung von 19% erfolgen. Nach dem auf der Gerichtsbereitschaft des Kgl. Amtsgerichts in Merseburg ausliegenden Versteigerungsprotokoll sind 37 644 Mk. 37 Pf. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen. Die bevorrechtigten Forderungen sind bereits bezahlt. Die verfügbare Masse beträgt 7119 Mk. 58 Pf.
Merseburg, den 22. Juli 1912.
Westram, Konkursverwalter.

Zwangsversteigerung.
Sonntag den 27. Juli d. J. vormittags 11 Uhr.

Der Versteigerer ist im Gasthof zur „Gartenblume“ hier selbst
2 Fische, 55 Kisten und Pakete
2 Kisten, 1 Kisteninhalt mit
17 Bdn. Brodhaus-Regist. 1 Kisten
1 Kisten Kohlenleder, 28 Paar
Stiefel, 1 vollständiges Bett,
1 Tisch, 4 Stühle, 1 Spiegel,
2 Bilder, 1 Vertikal, 1 Kleider-
schrank, 1 Kiste, 1 Nähmaschine,
1 Kommode, 1 Geschirrfach,
1 Musikinstrument, 2 gr. Möbel-
transportwagen u. a. m.
Öffentlich meistbietend gegen Ver-
zahlung.
Kleinhardt, Gerichtsvollzieher,
in Merseburg.

Wohnung
bestehend aus 2 Stuben, Kamin, er.
Küche und Zubehör, ist a. 1. Okt.
zu vermieten. **Preis 8.**
Weiße Mauer 14
ist eine halbe 1. Etage (400 Mt.)
zum 1. Oktober zu beziehen.

**Herzogstr. 25. Einwohnungs-
Anstalt.**
Hallestraße 25, bestehend aus
10 Zimmern, außerdem reichliches
Zubehör, Todesfall halber, soll
ab 1. Oktober zu vermieten. Näh.
beim Vermöter.

Karl Thiele, K. Ritterstr.
ist das fast neue
Molltehr. 14 gut verzinshbare
Wohnhaus mit Hof, Brandtasse
14 500,— Mk., bei 2000,— Mk. An-
zahlung sofort zu verkaufen. Das-
selbe eignet sich vorzüglich für ein
Penlonat, da selbstig ganz in
der Nähe des Seminars sich be-
findet. Näheres Entenplan 2.

Verleghungshalber ist die 2. Et.
zu vermieten und 1. Oktober zu
beziehen. **Preis 650 Mt.**
Globigauer Straße 8

3 Wohnungen m. Stub., Kamin,
Küche nebst Zubehör u. Garten,
sind zum 1. Oktober zu beziehen.
Zu erfahren in der Exp. d. Bl.

Wohnung im Preise bis zu 50
Tlr. von eins. Person 1. Oktober
gekauft. Offert unter 147 in der
Exp. d. Bl. abzugeben

Schl. möbl. Zimmer sofort
zu vermieten. **Kinderstraße 11, II.**

2 ja. Herren suchen, möglichst
aufammen, zum 1. 8. 12. 2 unge-
kürzte Zimmer m. sep. Eing. Nähe
d. neuen Gasanstalt. Offert. m.
Preisang. unter 26 J an die
Exp. d. Bl. erl.

Mittwoch abend 1/9 Uhr verschied nach langen,
schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater,
Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Arbeiter

Gustav Hesselbarth

im 63 Lebensjahre. Dies zeigt mit der Bitte um stille
Teilnahme tiefbetrubt an im Namen der trauernden
Hinterbliebenen

Marie Hesselbarth, geb. Töpfer.

Merseburg, den 25 Juli 1912.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag
4 Uhr vom Trauerhause, Oelgrube 29, aus statt

**Junger Mädchen sucht an-
ständige Schlafstelle oder freund-
lich möbliertes Zimmer. Offert.
unter F M an die Exped. d. Bl.
erzelen.**

2 Säden
find zum 1. Okt. zu beziehen
Neumarkt 2.

Wegen Ueberzuges zu electri-
tischem Licht sind
3 gutehaltene Gastronen
billig zu verkaufen
Bauchleider Straße 21, 1

Ein Sparherd (Dennert) ist
billig zu verkaufen
Neuschloß Nr. 13.

Moderner Sportwagen
(verleßbar) preiswert zu ver-
kaufen. **Kleinstr. 9, 3 Tr., L.**

Staubwagen
billig zu verkaufen
Schmale Straße 6, part.

Ein guterhalt. Gashrant
ist preiswert zu verkaufen
Unter-Liternburg 6.

Nubb. Damenschreibtisch
und eigener Biederichrant,
1,75 m hrt., nur kurze Zeit ge-
braucht, billig zu verkaufen
Schmale Str. 6.

Ein Säuerfleisch
zu verkaufen. **Antstahner 3.**

Zu enorm herabgesetzten Preisen
verkaufe jetzt sämtliche
Sommerstoffe.
B. Wendland, Domstr. 1, I
„Gaben Ste“

offene Beine,
Kranklagergeschwüre, Hautent-
zündungen, dann bringt Jönen
Puder's „Saluderna“ rasch Er-
leichterung. Verzt. warm empf.
Dose 50 Pf. u. 1 Mk. (stärkste Form)
bei A. Kupper u. W. Kieselich, Drog.

Streu. Feuerwehr
1. und 2. Kompagnie.
Sonntag, 28. Juli
1912, pünktlich 9 1/2 Uhr
vorm., endgültige Ab-
nahme der neuen Uni-
formen. Sämtliche
Mannschaften müssen
bestimmt nochmals
erzelen sein. Alle neuen Hölde
sind mitzubringen.
Das Kommando.

Männer-Turnverein.
Sonntag d. 28. Juli
Familienabend
im „Belvedere“ ver-
bunden mit Tanz-
fränzchen und Mu-
sikalisation.
Alle Mitglieder
werden erbeten, mit
ihren Angehörigen
zu erscheinen!

Rauch-Club „Brasil“
Sonntag den 28. Juli,
von nachmittags 1/4 4 Uhr
und abends 8 Uhr an, in
Etablissement Gutenberg
Zänzchen.
Nachmittags
großes Preisfesten.
Der Vorstand.

Rauch-Klub Mexiko
hält Sonntag den 28. d. M., nach-
mittags und abends, sein
Zänzchen in Neuschloß
(Schmidts Gasthof)
ab. Hierzu ladet freundlich ein
Der Vorstand.

**Etablis-
ment : Reichs-
krone.**

Empfehle vorzüglichsten
Mittagstisch zu 0.75, 0.90 und 1.25 Mt. :
von 12 bis 2 Uhr.

**Drunder-Berein
Gutenberg**
(Alter Verein).

Sonntag den 28. Juli,
von nachm. 1/2 1 Uhr und
abends 8 Uhr ab,
Zänzchen
und Preis-Regeln
in
Neuschloß
(Kaffeehaus).

Dies unsern werten
Gästen hierdurch zur
Nachricht.
Der Vorstand.

Tivoli-Theater.
Freitag den 25. Juli d. J.,
abends 8 1/2 Uhr.
Sum 2. Mal. Sum 2. Mal.
Der
Zigeunerbaron
Große Operette in 3 Akten von
Johann Strauß.
Operettenrevue.

Hst. Hohenzollern.
Empfehle meine
Vokalitäten
zur freundlichen Benutzung.
— Schnelliger Bedienung —

Schultheiß.
Tab.: Otto Böhlmann.
Mittagstisch von 12-2 Uhr.
Gusse 2 Günge Nachstich 1,25 Mt.,
im Abonnement ermäßigte
Preise.

Zum Antritt gelangen die be-
kanntlich bestmöglichen Biere als:
Schultheiß, Wägen, Brand u.
Citra nach Wiener Art, sowie
Eichentener aus der städtischen
Brauerei Jena.

NB. Das Vereinszimmer ist
noch einige Tage in der Woche frei.

Hubolds Restaurant
Heute
Schlachtefest
Sonntag
Schlachtefest.
Karl Zerber, Bornert 10.

Freitag
Schlachtefest.
Allerik, Antschan 17.

Freitag
Schlachtefest.
F. Peuge, Weiße Mauer 10.

Wämer m. Rindern selbst
Weißer u. Hausbrot, sucht
d. Bekanntheit für Gefin-
ab. Witwe ohne jed. Anhang
1. Alter v. 34-40 J. am häß-
geirat. Ein. Vermögen er-
wünscht, doch nicht Beding.
Anonym zweifels! Agenten
bereten. Off. mögl. mit
Bild erbeten unter St 74 an
Anna Exp. Sendel, Halle a.
E. Fischerplan 1.

**G.-V. Vereinigte
Papiermacher**
hält Sonntag den 28. Juli,
von nachm. 3 Uhr ab, sein
Zänzchen
im „Casino“
ab. Abends von 8 Uhr ab
Ball
bei vollständigem Orchester
Musik wird ausgeführt von
einer erstklassigen Zigeuner-
kapelle)

Andere werten Gäste
ladet wir auf diesem Wege
dazu herzlich ein.
Der Vorstand.

**2 junge Damen wünschen
gefelligen Anschlag**
an best. Herren zwecks gemeinsamer
Radtouren. Werte Offerten unt.
A Z 100 an die Exped. d. Bl.

An verlässl. Mann
Verlandstelle zu vergeben. Beruf
und Wohnort gleich. Monatl.
Eink. 400 Mt. und mehr. Aus-
kunft unsonst. Kamberly & Co.
in Kassel Nr. 339.

Ein jung. Bauhofkloster
wird noch eingekelt
Dr. Sigistrade 6.

1 tüchtiger Schmiedegeselle
wird sofort eingekelt. Wo? sagt
die Exped. d. Bl.

2 jung. Burschen
über 16 Jahre werden sofort ein-
gestellt
Königsmühle Merseburg.

Mädchen als Aufwartung
für einige Stunden vor u. nachm.
gekauft. Zu erf. i. der Exp. d. Bl.

30 Mädchen a. Aufwartung
bis nachmittags gekauft
Defreisch, Dörbeina.

Vor dem Umzug
aussergewöhnlich billiger
" " " " " "
Verkauf
" " " " " "
von Resten und Restbeständen.
Otto Dobkowitz, Merseburg,
Entenplan.

Correspondent.

Abzugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf. ...

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8 seitig illust. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen.

Anzeigenpreis: Für die erste Zeile ...

Nr. 173.

Freitag den 26. Juli 1912.

39. Jahrg.

Die Orthodoxen und der Oberkirchenrat.

Von einer kirchlich interessierten Persönlichkeit aus dem Dien wird uns folgendes geschrieben: Die Positiven gehen wirklich aufs Ganze d. h. darauf, die vollinhaltliche, rechtliche Geltung und Herrschaft des Apostoliums und der strammsten Orthodoxie durchzusetzen.

Die Positiven halten den Oberkirchenrat schon lange nicht für recht tatfakt in Bekennnisfragen. Sie mögen auch gedacht haben, daß der General-Superintendent, zumal er selbst dieser Behörde angehört, ihrer Zustimmung sicher zu sein glaubt habe.

Dadurch wäre jeder Zweifel beseitigt; der Ordinierte, der so verpflichtet ist, ist durch sein Gelübde an jeden einzelnen Satz des Apostoliums gebunden, versteht er dagegen, so verliert er seine Pflicht und kann diszipliniert oder vor das Spruchkollegium gestellt werden.

Das heißt also unbedingte Herrschaft des Apostoliums. ...

likum, sondern darum, ob in der Kirche die Positiven allein herrschen sollen, ob damit aller religiöse und theologische Fortschritt der Jahrhunderte wieder in Frage gestellt werden soll.

Wägen sich endlich die Laien der Preussischen Landeskirche darauf befinden, daß diese nicht zu einem Verfallsobjekt rücksichtiger Vertriebenem gemacht werden darf, sondern der Allgemeinheit, die eine freie, lebendige Entwicklung verlangt, dienen soll.

Die Sozialisierung des Unternehmertums.

In der neuesten Nummer der „Hilfe“ untersucht D. Friedrich Naumann auf Grund eines Buchs von Dr. Fritz Kettner die Wirtschaftsfaktoren, die zu einer Sozialisierung des Unternehmertums führen. So widensinnig es auch auf den ersten Blick erscheint, so ist es doch richtig, daß sich heute auch diejenige Schicht sozialisiert, die bis hienzu als die Trägerin des rücksichtslosesten Individualismus angesehen werden mußte.

Die Zahl der wirklich leitenden Köpfe nimmt sichtbarlich ab. Der Privatunternehmer bindet sich selbst. Naumann wirft die Frage auf, ob der Staat diesen Vorgang ruhig gehen lassen oder etwas dagegen tun soll. Auf Grund der Kettner'schen Schrift scheint es Naumann, daß schon durch das heutige Gewerbe- und Aktienrecht die Staatsregierung eine viel stärkere Kartellaufsicht über könnte, als sie in Wirklichkeit tut.

Der Kommissionsbericht über den Entwurf, betreffend die Anlegung von Sparkastenbeständen in Zahaberpapieren

ist soeben erschienen. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat in zweiter Sitzung eine Reihe wichtiger Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen. § 1 heißt in der von ihr beschlossenen Fassung: Die öffentlichen Sparkassen haben von ihrem verzinzlich angelegten Vermögen Mindestbeträge in minderbewerteten Schulverbriefungen auf den Inhaber anzulegen, und 2 Millionen Mark übersteigt und sich ihre Grundstücksbesetzungen und die Gewährung von Darlehen als Personalkredit nach der Zahlung künftig auf den Einlagenbesitzer zu übertragen.

über Landkreis, in dem der Garantiebeitrag belegen ist, bedürftigen. 2. 15 vom Hundert, wenn der Einlagebestand 10 Millionen Mark nicht übersteigt und sich ihre Ausleihungen (Nr. 1) nach der Zahlung künftig auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebeitrag belegen ist, und die angrenzenden Kreise bedürftigen.

§ 7 soll folgenden Wortlaut erhalten: Sparkassen, welche von ihrem verzinzlich angelegten Vermögen Mindestbeträge unter 25, aber nicht unter 15 Proz. in minderbewerteten Schulverbriefungen auf den Inhaber anzulegen haben, können, ohne daß es dazu einer Genehmigung bedürftig ist, auch die öffentlichen Sparkassenbeiträge zu öffentlichen und gemeinen Nutzen verwenden: a) ein Drittel, wenn der Sicherheitsfonds der Sparkasse 2 Proz. oder mehr, aber noch nicht 5 Proz. der Sparveranlagen beträgt, b) die gesamten Jahresüberschüsse, wenn der Sicherheitsfonds 5 Proz. oder mehr der Sparveranlagen beträgt.

Sparkassen, welche mindestens 25 Proz. ihres verzinzlich angelegten Vermögens in minderbewerteten Schulverbriefungen auf den Inhaber anzulegen haben, können, ohne daß es dazu einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedürftig ist, auch die öffentlichen und gemeinen Nutzen dienenden Beträge des Garantiefonds verwenden: a) die Hälfte, wenn der Sicherheitsfonds der Sparkasse 2 Proz. oder mehr, aber noch nicht 5 Proz. der Sparveranlagen beträgt, b) die gesamten Jahresüberschüsse, wenn der Sicherheitsfonds der Sparkasse 5 Proz. oder mehr der Sparveranlagen beträgt.

Das Gesetz soll am 1. Januar 1913 in Kraft treten. Die Kommission beantragt ferner: Die Staatsregierung zu ersuchen, eine Übersicht darüber vorzulegen, in welchem Umfang die öffentlichen Sparkassen durch Paravotate über vorübergehende Verleugung der Arbeitsstände bei anderen Sparkassen oder sonstigen Kreditinstituten zur Zeit für ihre Liquidität gelorgt haben.

Die Flottenpanik in England.

Was Lord Churchill im Unterhause am Montag begonnen hatte, das schloß am Dienstag im Oberhause Selborne fort. Aber wenn der erste Lord der Admiralität eine Flotte benutzte, um sein Vieh vorzurufen, so bediente sich das Oberhausmitglied einer Besinnung. In Form und Inhalt seiner Rede schloß er den Redner, Churchill verlangte nur eine Erhöhung der vollbewehrten Schiffe um fünf, von 25 auf 30, Selborne dagegen äußerte die Vermutung, daß der Bau eines einzigen neuen Schiffes anders zu erwarten, mußte zur Begründung der Forderung wieder einmal Deutschland herhalten, das durch seine provokativen Aktionen England in eine Zwangslage bringt.

Ammerlin wird in Deutschland der übliche Einbruch, den die Rede Churchills hervorgerufen hatte, durch die Oberhausführung noch verstärkt. Die friedlichen Worte, die nach der Begegnung von Valkyrie aus England zu uns herüberdröhnten, werden durch die aggressive Polemik, deren Seiten nicht nur gegen Deutschland, sondern sogar auch gegen die Bundesgenossen im Dreibund gerichtet waren, ziemlich paralysiert.

Bei der Beipredung, die im Oberhause stattfand, lenkte Lord Selborne die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Regierungserklärungen über die Flottenangelegenheit. Er sagte, der Schluß, der gegen die Situation sei, die in England, daß Deutschland keine Flotte im Nordsee eine Flotte haben werde, die für einen sofortigen Krieg bereit sei, in einer Weise, wie es keine andere Flotte bisher gewesen sei. Sie machte die Formalität einer Kriegserklärung zu einer reinen Höflichkeit, weil mit einer Flotte von solcher Verheerung gleichzeitig mit der Kriegserklärung ein Schluß angesetzt werden könne. Außerdem werde es in nächster Zukunft eine Flotte von Schlachtschiffen im Mittelmeer geben, die den Verbündeten Deutschlands gehöre. Er gehe die Darlegung der Absichten der Admiralität im Mittelmeer willkommen, aber er betrachte die Vorträge als Notbehelf und erklärte, daß die

